Die Stellungnahme der Verwaltung vom 16.10.14 zu meiner Anregung endet mit den Sätzen

„Die vorgenannten Beschlüsse durch den Rat gelten für die Verwaltung als bindend. Seitens der Verwaltung wird das Verfahren für inhaltlich abgeschlossen angesehen“.

Diese Aussage ist formal richtig, aber genau das ist der Grund, warum ich diese Anregung hier eingebracht habe : Ich möchte die verschlossene Tür wieder aufmachen. Der Rat soll von uns aufgefordert werden, die „vorgenannten“ Beschlüsse aus gegebenem Anlass aufzuheben und zu ändern.

Wenn die Politik merkt, dass Entscheidungen falsch waren, dass sie überholt sind und dass sie auf den erbitterten Widerstand der nahezu kompletten Bevölkerung des betroffenen Ortsteils treffen, sollte sie die Courage haben, diese zurückzunehmen und die Thematik neu zu überdenken. Und genau dies fordert diese Anregung.

Dazu kommt die noch total offene Rechtslage, die vor einigen Tagen durch das Verbot der Fällung der Alleebäume auch noch verstärkt wurde. Jetzt vollendete Tatsachen zu schaffen und der Entscheidung vorauszugreifen, ist nicht fair und gefährdet das Vertrauen in die Politik und Rechtsstaatlichkeit.

Ich möchte hier nicht weiter auf den Inhalt eingehen, da die Argumente hinreichend bekannt sind. Ich möchte hier nur eins feststellen : Eine autobahnähnliche Straße mit sieben Meter hohen Schallschutzmauern längs durch einen Stadtteil zu ziehen ist aus städteplanerischer Sicht eine Katastrophe. Ohne eine Absenkung der Fahrbahn und eine Deckelung werden auf Generationen Gestaltungsspielräume verbaut. Die Mindestforderung sollte es sein, die Straße bereits jetzt so tief zu legen, dass eine spätere, zumindest abschnittweise Deckelung möglich wird. Dies würde das Kostenargument auch hinfällig machen, da nur mehr Abraum und Entwässerung anfallen würde. Überall z.B. im Ruhrgebiet werden solche Maßnahmen durchgeführt, trotz noch viel klammerer Kassen.

Ich bitte abschließend alle hier anwesenden Bezirksvertreter sich meiner Anregung anzuschließen. Wir sollten die Sorgen und Befürchtungen unserer Wähler ernst nehmen, sie aufgreifen und dem Rat geschlossen unser Anliegen und das unserer Bürgerinnen und Bürger vortragen. Nur so kann der Rat die richtigen Maßnahmen einleiten, damit die oben beschriebene Katastrophe doch noch verhindert wird.